

Von Walter Gropius, dem Bauhaus und Manifesten

Hauptstadtkultur in Sachsen-Anhalt vor den Wahlen

geschrieben von Johann Michael Möller

Dieser Tage hat mich der Weg wieder in den Berliner Südwesten geführt, zu einer der bekanntesten Wohnsiedlungen der frühen Moderne, Onkel-Toms-Hütte, die aber offiziell auch Waldsiedlung Zehlendorf genannt wird. Entstanden in den späten 1920er Jahren, steht sie inzwischen auf der Denkmalliste des UNESCO-Weltkulturerbes.

Wenn man durch die schmalen Sträßchen von Onkel Toms Hütte geht, die Namen wie Wieselbau oder Fuchspass tragen und den Blick entlang der zum Teil puppenstubenhaft restaurierten Häuserfassaden schweifen lässt, dann kann man sich kaum mehr vorstellen, dass ihretwegen einmal ein erbittert geführter Streit um das moderne Bauen entbrannt war. Als Zehlendorfer Dächerstreit ist er in die Architekturgeschichte eingegangen. Flachdach versus Giebeldach. Dabei ging es in Wahrheit um keine geringere Frage als die nach dem zeitgemäßen Bauen oder etwas pompöser formuliert: Es war der Streit um die wahre Moderne. Folgte man damals lieber Bruno Taut und seinen Mitstreitern Otto Rudolf Salvisberg und Hugo Häring, die den Ideen des Bauhauses nahestanden? Oder sollten auch traditionelle Architekten wie Paul Schmitthenner, Heinrich Tessenow und der in seiner Wirkung bis heute unterschätzte Hermann Muthesius ihre Berechtigung als Vertreter einer modernen Reformarchitektur haben? Die Fronten standen sich häufig in Sichtweite gegenüber und es fällt dem heutigen Betrachter schwer, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Dabei ging es viel weniger um Stilfragen als um den grundsätzlichen Konflikt zwischen einer bezahlbaren, seriellen Architektur für die neuen Arbeitersiedlungen und dem bürgerlichen Wohngeschmack eines Häuschens im Grünen. Nicht die Steine waren also der Anstoß, sondern die politische Weltanschauung dahinter. Wollte man international sein, was schon damals ein großes Missverständnis implizierte; oder lieber einer traditionsgebundenen Architektur den Vorzug geben, was deren Verächter als Heimatstil abtaten.

Dass ausgerechnet solche Debatten, die sich nicht zuletzt am Bauhaus entzündeten, im Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt von der AfD wieder aufgewärmt werden, wo es weiß Gott doch um brandaktuelle Fragen geht, will man im Ernst nicht glauben. Die Ideen des Bauhauses haben sich mit allen Konsequenzen für den Städtebau international längst durchgesetzt, und dass von Weimar und später von Dessau einst eine der bedeutendsten Stilbewegungen der architektonischen Moderne ausging, wird heute nirgendwo mehr im Geringsten bestritten. Das Bauhaus war, was man dieser AfD ins Stammbuch schreiben müsste, ein deutscher Exportschlager und wurde, wie man bei dem Schriftsteller Tom Wolfe mit großem Vergnügen nachlesen kann, in Amerika als spätkoloniale Landnahme empfunden: Walter Gropius, der »Silberprinz« – wie man ihn nannte – und seine Gefolgsleute brachten den Amerikanern das moderne Bauen bei. Und die Glaskästen in Serie wurden ihr Markenzeichen.

Aber bei diesem heutigen Streit um das Bauhaus geht es wohl weniger um Architektur als um richtige Haltung oder krude Gesinnung im Wahlkampf von Sachsen-Anhalt, was einer beeindruckend großen Zahl von Repräsentanten der deutschen Kulturpolitik jetzt den Anstoß gab, das ganz große verbale Besteck herauszuholen. In klassischer Bauhausmanier hat man ein Manifest formuliert, in dem es um all die Werte und Positionen geht, für die das Bauhaus einst stand und die man jetzt dramatisch in Gefahr sieht. Der Konflikt ist von hoher Symbolkraft. Denn das Ende des Bauhauses in Dessau war fast zeitgleich auch das Ende der ersten deutschen Demokratie. Wer also Hand an die Bauhausstiftung in Dessau lege, heißt das konkret, der gefährde die deutsche Demokratie.

Den Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt, die im Falle einer Regierungsübernahme durch die AfD in Magdeburg tatsächlich um ihre Unabhängigkeit oder gar Weiterexistenz fürchten müssen, muss solche Rückendeckung hochwillkommen sein; bedeutet das doch, nicht allein gelassen zu werden in

einer bedrohlichen Lage, die morgen womöglich schon auf das nächste Bundesland übergreift. Was dabei auffällt, ist der Umstand, dass es die oft belächelte Kulturpolitik ist, die hier am entschiedensten Position bezieht und die Weggabelung zeigt, vor der das Land bei dieser Wahl wieder steht: Sachsen-Anhalt als geborenes Land der Moderne oder als Feld für das große Rollback. Ein Anspruch, der nicht selbstverständlich ist für eine Region, die von wirtschaftlichen und sozialen Sorgen gebeutelt wird, aber doch über eine besondere kulturelle DNA zu verfügen scheint, wie kaum eine andere. Was dem einstigen Ministerpräsidenten Rainer Haseloff noch nachträglich recht gäbe, der den Besucher gerne mit den Worten begrüßte: Kultur? Die gibt es bei uns schon seit 3.000 Jahren!

Alles »paletti«, würde eine jüngere Generation also sagen. Aber so ganz selbstverständlich ist diese Berliner Bauhaus-Initiative nicht. Die Hauptstadtkultur mischt sich plötzlich von oben ein in die Belange eines Landes, dem man über die Jahre wenig Beachtung geschenkt hat. Als ob man ihm die Werte einer freien Gesellschaft noch einmal vorbuchstabieren müsse. Kaum ein Unterzeichner unter diesem Manifest, der freilich je etwas mit Sachsen-Anhalt zu tun gehabt hätte. Als der Bund dem Land einige bedeutende Kulturinstitutionen übertrug, traf man das Spitzenpersonal eher in Berlin an als in Magdeburg oder Halle. Und selbst der 1994 in Dessau neu gegründeten Bauhausstiftung hat man gegenüber den bestehenden Sammlungen in Westberlin und inzwischen auch Weimar keineswegs den Vortritt als primus inter pares gelassen.

Das Hochschrecken, das man jetzt in der Hauptstadt erlebt, hat einen Hauch von Scheinheiligkeit. Von weitem lässt sich die eigene Überzeugung risikolos demonstrieren. Das scheint ein gesellschaftliches Muster zu sein. Die Schlachten schlägt man viel lieber in der Vergangenheit. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt aber geht es verdammt um die Gegenwart. Der Geschichtslehrer aus Berlin hilft da kaum weiter. Wer wirklich Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit von Kultur setzt, sollte ihre Kräfte lieber noch stärken. Gerade in diesen Zeiten der Haushaltsnot. Doch der Ruf nach Kultur ertönt meistens erst dann, wenn es lichterloh brennt. In Sachsen-Anhalt brennt es aber schon lange.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 9-10/2026](#)